

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Wort und Tat". Es ist Publikations-Organ der gemeinsamen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtlich. Organ der Arbeiterbewegung. Verleger: Dr. Rudolf Brünning, Halle a. S., Marktstraße 4. Druck: Druckerei "Die Arbeiter" in Halle a. S., Marktstraße 4. Preis: Einzelheft 15 Mark. Abonnement: Vierteljahr 45 Mark, halbjährlich 85 Mark, jährlich 160 Mark. Ausland: jährlich 180 Mark. Postamt: Halle a. S., Marktstraße 4. Postfach 245/5. Telephon: 245/5. 245/6. 245/7. 245/8. 245/9. 245/10. 245/11. 245/12. 245/13. 245/14. 245/15. 245/16. 245/17. 245/18. 245/19. 245/20. 245/21. 245/22. 245/23. 245/24. 245/25. 245/26. 245/27. 245/28. 245/29. 245/30. 245/31. 245/32. 245/33. 245/34. 245/35. 245/36. 245/37. 245/38. 245/39. 245/40. 245/41. 245/42. 245/43. 245/44. 245/45. 245/46. 245/47. 245/48. 245/49. 245/50. 245/51. 245/52. 245/53. 245/54. 245/55. 245/56. 245/57. 245/58. 245/59. 245/60. 245/61. 245/62. 245/63. 245/64. 245/65. 245/66. 245/67. 245/68. 245/69. 245/70. 245/71. 245/72. 245/73. 245/74. 245/75. 245/76. 245/77. 245/78. 245/79. 245/80. 245/81. 245/82. 245/83. 245/84. 245/85. 245/86. 245/87. 245/88. 245/89. 245/90. 245/91. 245/92. 245/93. 245/94. 245/95. 245/96. 245/97. 245/98. 245/99. 245/100.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Postzusatzgebühren, insgesamt 2,30 RM. für Halbjahr mindestens 0,50 RM. Vorbezugpreis 2,30 RM. durch Postboten zugestellt 2,70 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 RM. — Einzelheft 15 Hfr. im Einzelverkauf und 80 Hfr. im Refarmittel der Reichspost. Druckerei: Dr. Brünningstraße 4. Verleger: Dr. Brünning. Postfach 245/5. Halle a. S.

Eine notwendige Antwort Breitschelds

Zentrumsdemagogie gegen Sozialdemokratie

Brünning sprengte die Große Koalition, aber er nimmt die Schuld nicht auf sich

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Rudolf Brünning, sprach am Sonntagabend in einer in Halle abgehaltenen Parteigeneralversammlung der Sozialdemokratischen Partei über die politische Lage. Der Redner benutzte die Gelegenheit zu einer Entwerfung auf die in der letzten Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe. Brünning führte u. a. aus:

Wenn das Ziel des Kampfes, an dessen Anfang wir jetzt stehen, durch einen einzigen Sachverhalt werden soll, so ist es der, daß die Sozialdemokratie verhindern soll, daß aus der Weimarer Republik die bisher hinter der Regierung Brünning stand, eine Mehrheit werde. Eine solche Mehrheit kann sich nur bilden aus allen bürgerlichen Parteien bis zu der Gruppe des Grafen Westarp hin. Aber weil diese Gruppe aller Wahrscheinlichkeit nach notwendig sein würde, müßte die Regierung gerade auf sie die größte Rücksicht nehmen, und was das für unsere Verfassung, für unsere Arbeit und unsere Freiheit bedeutet, das zeigt hier auf der Hand. Wenn wir aber eine solche Mehrheit bilden nicht wollen, müssen wir ganz fest entschlossen sein.

fratische Fraktion, vor allem durch den Mund des Abgeordneten Dr. Gehl, vorzuführen gemacht und die ganze abwegige Auffassung bekämpft hat, als ob die Verminderung der Reparationszahlungen eine Herausforderung der Besitzkassen im Betrage von Hunderten von Millionen ermöglichen würde.

Sehen wir einmal ganz von diesen Einzelheiten ab. Die Herren Raas und Brüning und noch viel härter Herr Stegerwald verurteilen heute die Politik des Kabinetts Müller. Gleichzeitig aber wird von Raas und Brüning der größte Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Behauptung falsch sei, Brüning habe die Regierung Müller kürzen wollen und an der Vorbereitung dieses Sturzes mitgewirkt. Hier scheint mir ein Widerspruch vorzuliegen. Wenn man die Regierung Müller für so unfähig hielt, dann mußte man sie beiseiten lassen. Man aber alles, um die Große Koalition aufrechtzuerhalten, dann ist die obige Kritik an ihrer Haltung und an ihrer Politik eine nachdrücklich ge-

behalten. Kurzumachen, daß wir nicht in eine Periode der sozialen Reaktion eingetreten sind. Solange die Sozialdemokratie in der Regierung ist, ist der Ansturm des Unternehmertums gegen die Erzeugnisse der Sozialpolitik angehalten worden. (Nordwestdeutsche Eisenindustrie usw.) Seitdem das Kabinett Brüning regiert, haben diejenigen freie Bahn, die mit Herrn Dr. Scholz erklären, daß ein Haltsignal für den sozialen Fortschritt aufgestellt werden müßte. Die Politik des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wissell ging dahin, das zu erhalten, was in den 10 Jahren nach der Revolution für das arbeitende Volk erworben worden ist. Und sie ging nicht zuletzt dahin, das zu erhalten, was der Zentrumsarbeitsminister Brauns hatte schaffen lassen. Es waren die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied, die dem sozialdemokratischen Arbeitsminister in den Arm gefallen sind.

Front gegen das Kabinett Brüning und gegen die hinter ihm stehenden Parteien

stehen.

Man hat uns angefaßt, man hat uns gewarnt, und man hat uns gedroht. Die Angriffe der Zentrumsführer gingen und gehen zunächst dahin, daß wir die Partei, die Regierung und den Reichstagsrat gehässig und hämisch attackierten. Nur würde die Sozialdemokratische Partei nicht antworten, eine solche Kampfesweise zu befolgen und zu verurteilen, wenn ihr im einzelnen Fall Ausweichungen in der Politik nachgewiesen würden. Unsere sachliche Stellung ist so gut und so stark, daß wir es nicht nötig haben, zu dem Mittel unberechtigter persönlicher Anschuldigungen zu greifen. Aber auf der anderen Seite sollte das Zentrum auch seine Empfindlichkeit nicht übertreiben. In jedem

Kampfkampf wird gelegentlich über die Stürze

Und die Zeitung seiner Partei ist in der Lage, in Gegenwart jeder einzelnen Parteimitglied und jedes einzelnen Parteimitglieds in den Schranken des absoluten Salontones zu halten. Außerdem aber: Wenn wir gegeneinander aufrechnen, so ist es mir sehr gleichgültig, wer das größere Schuldenkonto hat. Ich erinnere nur an das unlogische (sich ähnelnde) Flugblatt, das alsbald nach dem Sturz des Kabinetts Müller aus der Druckerei der Baderborner Volkszeitung herausging. Ich glaube nicht, daß in irgendeiner sozialdemokratischen Parteiverammlung oder Parteimitgliederversammlung der Zentrumsmitglieder und Zentrumsanführer festzustellen sind, wie sie jenes Flugblatt über sozialdemokratische Mitglieder und Minister verurteilt hat. Doch ich kann mich des Verdachts nicht entziehen, als ob die Zentrumsherren von persönlichen Ansprüchen sprächen, oder in Wirklichkeit die sachliche Kritik meinen. Dieser sachlichen Kritik aber können wir uns nicht enthalten und dürfen wir uns nicht enthalten. Die Situation gebietet, daß sie mit aller Entschiedenheit geführt werde, selbst auf die Gefahr hin, daß uns dann das Zentrum noch einmal mit dem Druck der Koalition in Preußen droht.

Alle Bemühungen des Kabinetts Müller, durch Anleihen usw. das noch im Staatsfidel zu stopfen, scheiterten entweder an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien oder an dem des Volkspartners. Bei der Volkspartei waren damals noch mehr als hundert sozialpolitische Bekannten auf die Steuer-Schuld gerichtet. Wenn die Zentrumsführer so feststellen zu können glauben, daß auch die Sozialdemokratie damals für Steuerentlastungen zu haben gewesen sei, so ist das eine Ferkelung. Genaß bei Hilferding als Mitglied eines Kabinetts, in dem er neben Zentrumsläuten und Volksparteilern saß, eine Steuerentlastung als Ziel aufgestellt. Aber jeder weiß, wie sehr die sozialdemo-

wonnene oder zu agitatorischen Zwecken konstruierte Weisheit. Auch will sie der ganzen Darstellung, wie sie von Zentrumsseite beliebt wird, die auch neuerdings immer wieder erhobene Anklage nicht passen, die Regierung Müller sei gescheitert, weil es der Sozialdemokratischen Partei an Verantwortungsbewußtsein gefehlt habe. Absolut fest steht doch, daß durch die Reihen der Deutschen Volkspartei schon seit Monaten der Ruf ergangen war:

„Das von der Sozialdemokratie!“

Und fest steht ferner, daß das Zentrum im entscheidenden Moment sich den Forderungen der Deutschen Volkspartei, die von dem doch auch von den Zentrums- und den volksparteilichen Ministern aufgestellten Sanierungsprogramm abwidren, zugeneigt hat.

In Offen hat Herr Stegerwald kürzlich angemerkt, die Reichstagsauflösung bedeute für 1930 ganz bestimmt wieder einige Hunderttausend Arbeitslose mehr. Kann man es der sozialdemokratischen Presse wirklich verdenken, wenn sie angefaßt eines solchen Satzes von Demoschund bemerkt, daß die großen Industrieerleger und den volksparteilichen Ministern, weil diese sich einer Herausforderung ihrer Gehälter nicht einverstanden erklären wollen? Sind diese Industrieerleger nicht wenigstens zum Teil die Geldgeber der Parteien, mit deren Hilfe Brüning seine Mehrheit aufbauen will? Es wird wirklich eine noch größere Rebegele dazu gehören, als die es ist, über die die Herren Raas und Brüning verfügen, um den Ar-

Friedenskundgebung in Berlin



Die Sozialdemokratie Berlins veranstaltete am Freitag eine stark besuchte Antikriegskundgebung im Lustgarten. Bild von der Schloßterrasse auf den Fahnenplatz und die Riesensmenge unserer Kämpfer.

Jetzt gehen die Herren vom Zentrum sogar so weit, die Notwendigkeit der Bürgerabgabe mit der Wirtschaftlichkeit in Gemeinden mit sozialistisch-kommunistischer Mehrheit zu begründen. Die gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten der Gemeinden sind aber nicht eine Folge finanzieller Miswirtschaft, sondern die Folge der Wirtschaftskrise und der verheerenden Konstruktion der Arbeitslosenversicherung. Die Gemeinden in ihrer Gesamtheit haben heute

500 000 Arbeitslosenvermöge zu unterstützen und müssen dafür im Jahr etwa 400 bis 450 Millionen ausgeben. Von dieser Belastung waren sie im Jahre 1927 frei. Es ist klar, daß die Folgen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit sich besonders stark in den Gemeinden mit großer Arbeiterbevölkerung bemerkbar machen müssen. Da diese Gemeinden vielfach aus sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten haben, haben ihre finanziellen Schwierigkeiten nicht so sehr mit der Zusammenfassung ihres Gemeindepalamentes als mit der Zusammenfassung ihrer Bevölkerung zu tun.

Nebenfalls bleiben wir dabei: Es wäre für eine Finanzreform, allerdings für eine, die nicht mit dem Abbau der sozialen Leistungen beginnt, an sich eine Mehrheit im Reichstag vorhanden gewesen, wenn man nicht die Sozialdemokratie grundsätzlich ausgeschlossen hätte.

Antisemit Mobeam.

Und was sagen die jüdischen Staatsanwälte dazu? Als vor wenigen Tagen in der Reichsbankstube der deutschen Demokratischen Partei Professor Dr. Quibbe, der große Jurist, auf die antisemitischen Tendenzen des Jungdo hinwies, erhob sich Herr Koch-Weser und erklärte: „Wahrman hat uns die feste Versicherung gegeben, daß er nie Antisemit gewesen sei und den Antisemitismus entschieden ablehne.“ Jetzt wird ein Brief bekannt, den Herr Wahrman am 1. Mai 1930, also vor knapp drei Monaten, an einen gewissen Herrn von Schönau, der, wie bekannt, einer der engeren Funktionäre des Jungdeutschen Ordens ist, aber war, geschrieben haben soll und in dem es heißt:

„Im übrigen könnt Ihr beruhigt sein, daß die „Völkernationale Reichsvereingung“ mit aller Schärfe gegen das Judentum sich betätigen wird, das a den Grundrissen unserer christlichen und deutschen Kultur rütteln will.“

„Ist nun Herr Wahrman, „die Antisemit gewesen“ wie Koch-Weser im demokratischen Parteiauspruch erklärte, oder war er doch Antisemit, der sich gewiss Vermeidung einer Pleite der Völkernationalen in Herrn Koch-Weser in die Arme warf und immerhin ganz kurzer Zeit zum Philosophen wurde? Hat er seine Bemühung von gestern gegen den Preis der Teilnahme an der Führung der Staatsbürgerpartei verkauft oder nicht?“

Antisemitisches Bombenattentat.

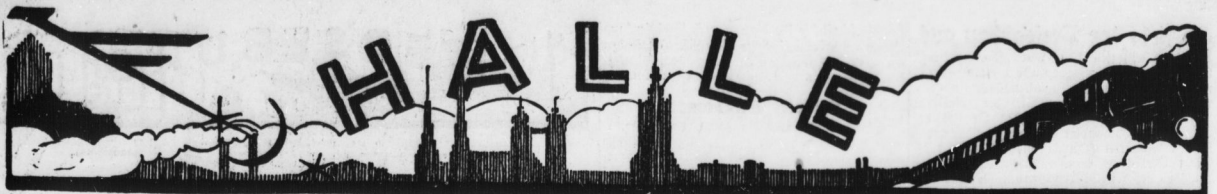
In der Nacht zum Sonntag wurde in dem in der Butowina gelegenen Baberitz Dorfhaus gegen das Wohnhaus eines jüdischen Ehepaars eine Bombe geworfen, die jedoch nicht explodierte. Unter dem Verdacht der Täterhaft verhaftete die Gendarmerie den Führer der Nationalsozialisten in der Butowina, Danila, der jedoch nach kurzer Haft entlassen ist. In seinem Gehärd fand die Polizei eine Granate französischer Herkunft. Die Regierung ordnete daraufhin die sofortige Verhaftung zahlreicher Nationalsozialisten an und scheint im Bezirk zu sein, namentlich mit aller Energie gegen die Unruhstifter vorzugehen. Der Generalinspektor der tumänischen Sicherheitspolizei hat sich an der Tatort beggeben.

Partei-gruppierung in Bayern

Die bayerischen Deutschnationalen haben am Sonntag nach schwierigen Auseinandersetzungen beschlossen, in Südbayern den Pfarrer Traub an die Spitze ihrer Wahlliste zu stellen. Ihr früherer Kandidat Lettau-Worke, kandidiert im gleichen Wahlkreis für die Konervative Volkspartei.

In Nürnberg ist unter dem Vorsitz von Professor Quibbe eine „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ gegründet worden. Die Vereinigung will diejenigen Demokraten zusammenfassen, die sich der Deutschen Staatspartei nicht anschließen wollen.





Flaggen in Halle.

Das Besetzen der Häuser liegt wohl in keiner größeren Stadt so im Augen als wie gerade in Halle. Vor ein bis zwei Jahren dominierte hier noch Schwarz-Weiß-Rot. Das ist jetzt erfreulicherweise ganz zum Zurückgegangen. Bei dem gestrigen Hochfest wurde man nur noch vereinzelt eine Flagge der Eugenoberpartei. Reiter haben aber die meisten Hauseigentümer noch nicht den Mut, die Reichsflagge aufzuhängen. Auch die großen Geschäftshäuser und Hotels scheuen sich noch, diese selbstverständliche nationale Fahne zu vollziehen. Man verhält sich jetzt auf den Ausweg, die hällischen Stadtfahnen aufzuhängen.

Man sollte sich aber doch endlich auch im hällischen Bürgerum darüber klar werden, daß die Hängung der Reichsflagge keine Parteilichung mehr ist. In jedem anderen Lande der Welt ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die gesetzliche Fahne des Landes gehißt wird. In Deutschland ist Schwarz-Weiß-Rot das rechtmäßige Symbol der Nation, das in diesem Falle sogar noch ein Verhältnis zum Großdeutschem Reich hat. Wir erwarten, daß man endlich diese Haltung, die sich — das darf man immerhin feststellen — allerdings schon von dem Bekanntnis zu Schwarz-Weiß-Rot bis zur gegenwärtigen Zurückhaltung und angelegenen Neutralität gewandelt hat, vollenden und die rechtmäßigen Farben des Reiches zeigt. Der bevorstehende Verfassungstag bietet hierzu den besten Anlaß. Vielleicht gehen auch die republikanisch gesinnten Mieter ihren Hauswirten mit gutem Beispiel voraus, indem sie in verhältnismäßig großer Zahl die Reichsflagge zeigen. Was in anderen Großstädten, die gänzlich im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold stehen, möglich ist, sollte auch, wenn auch zunächst in bescheidenem Rahmen, in Halle möglich sein.

Bölgiger Zerfall der Deutschnationalen.

So beurteilen die Volkssprecher die Eugenoberpartei.

Von der Pressestelle des Landesverbandes der Konfessionellen Volkspartei in Halle wird uns geschrieben:

Bekanntlich hat die Deutschnationale Volkspartei (dem Beispiel der SPD folgend) am 1. August Reichstags-, Landtags-, Provinziallandtags-, Kreis- und Gemeindevorsteher und Gemeindevorsteher einen Rebers unterschreiben lassen. Durch den Unterzeichner sich verpflichtend, bei Eintritt der Partei auch ihre Kandidaten zu unterstützen. Die Verbindlichkeit dieses Reberes ist mit dem Hinweis bekräftigt worden, daß der frühere Parteivorstand Graf Westarp selbst auf Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Voering für den Fall des gruppenweisen Ausscheidens von Abgeordneten den Rebers als unwirksam bezeichnen hat.

Gegenwärtig hat der Deutschnationale Volkspartei nicht nur eine Gruppe von Reichstagsabgeordneten ausgeschieden, sondern die Partei befindet sich infolge des Ausscheidens fast aller ihrer landwirtschaftlichen Mitglieder und der Reichstagsabgeordneten (von 81 sind bisher 50 ausgeschieden) in bitterster Notlage und in Bedrohung ihrer früheren Grundlagen.

Die gegenseitigen Unterchriften können daher noch weniger als früher weder rechtlich noch moralisch irgendwelche Verbindlichkeit begründen; sie sind also als nicht gegeben anzusehen.

Fünf Kinder fallen aus dem Auto.

Die Verhältnisse über den Sonntag.

Am Sonntagvormittag stießen auf dem Rannischen Platz ein Personentransportwagen und ein Motorwagen zusammen. Der Kraftwagen wurde umgeworfen und hier beschädigt. Die fünf im Wagen sitzenden Kinder wurden auf die Straße geschleudert; eins von ihnen erlitt Schmitzwunden durch Glasplitter. Der Sozialdemokrat wurde durch einen Beinbruch und wurde dem Hilfsstellensamt zugewiesen. Der Motorwagen wurde nur leicht beschädigt.

In der Großen Marktstraße wurde vor selben Zeit eine Frau von einem Motorwagen überfahren und am Hinterkopf verletzt. — Am Nachmittag stießen auf der Ecke Blücherstraße und Westerbürgerstraße ein Personentransportwagen und ein Motorwagen zusammen, wobei die Fahrer des Motorwagens eine leichte Armverletzung erlitt. Einige weitere Unfälle gingen unblutig ab.

Am Sonntagvormittag wurde ein in der Berliner Straße aus der Straßenbahn steigender Mann von einem Motorwagen angefahren. Die Fahrer des Motorwagens fiel auf die Handfläche und wurde dabei erheblich verletzt.

Seute in der Morgenämmerung fuhr ein Radfahrer in eine Straßenbahn hinein, zertrümmerte dabei die Scheinwerfergehäuse der Bahn und erlitt eine Schüttelwunde.

Neuer Amtsarzt. In die Amtsärztliche in Halle wurde der Oberamtsarzt Wilmann von der Amtsärztliche in Kurich versetzt.

Vorbereitung für den 14. September

Preussischer Ministerialerlaß zur Reichstagswahl.

Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist in der am 2. August erschienenen Sonderausgabe des „Ministerialblattes für die preussische innere Verwaltung“ ein Rundschreiben des preussischen Ministers des Innern veröffentlicht, der sich in eingehender Weise mit der Vorbereitung der Reichstagswahl am 14. September 1930 befaßt. Der Erlass behandelt die Wahlverfahrensrichtlinien, die Stimmzettel und Stimmzettel, die Abstimmung über die Ernennung der Wahlleiter und die Zulassung von Kreiswahlvorschlägen, die Ausstellung der Stimmzettel und Stimmzettelausgabe, die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlmännerversammlungen usw. Exemplare dieser Sonderausgabe des Ministerialblattes sind von Carl Neumann Verlag, Berlin W. 8, Mauerstraße 44 zu beziehen.

Presse und Wahlkampf.

Die bürgerlichen Zeitungen wollen anständig bleiben. Was für Zeitungsredaktionen vertritt heute folgende Mitteilung:

Alle Parteien, einerlei welcher politischen Einstellung, sind sich darüber einig, daß die Wahlkämpfe der letzten Jahre sehr unehrenhafte Auswüchse gezeitigt haben, die im Interesse der Einheit unseres Volkes besser vermieden werden sollten. Nach einmütiger Entschloßung der Reichstagsabgeordneten der Mitte- und Rechten Deutschlands, in der die Verleger und Redakteure zusammengeschlossen sind, wird die mitteilende Tagespresse deshalb in dem bevorstehenden Wahlkampf ablehnen, irgendwelche Verleumdungen im Text oder in der Ausstattung zu veröffentlichen, die einen geschäftlichen Charakter tragen und die damit den Wähler zur erforderlichen Sachlichkeit verleiten.

Die Postzeitung hat sich wohl, allein mir fehlt der Glaube. — Denn bürgerliche Presse und anständige Kampfkampfe sind Dinge, die — nach den bisherigen Erfahrungen wenigstens — wie Feuer und Wasser zueinander stehen.

Deutschnationaler Feindverweil.

Mit Schlußpunkt in der Wahlkampf. Richtig Schwarzweißrote Plakate verhängen seit Wochen, daß am 2. August die Deutschnationale

„Volks“partei des Tages des Kriegsausbruchs geboren sollte. Sie lud zu diesem Zwecke die gesamte nationale Bevölkerung Hallens ein. Einer unserer Leser hatte am Sonnabend Gelegenheit, dieses Fest mitzubeben. Die Selbstentzündete liechte die Märkte vom siegreich zu schlagenden Frankreich bis zu dem nun allmählich rotenden „Kontinentum am Stahlhelm“. Blumensträuße wurden verteilt, wahrlich, um die Zukunft in rosigem Lichte erstrahlen zu lassen. Als besondere Attraktion sprach nach einer Begrüßungsansprache des Schulrats a. D. Busse der Reichsminister a. D. Berger.

„Neue Parteien — neue Enttäuschungen!“ So prophezeite Herzog und gab damit ungetroffen zu, daß die Deutschnationale „Volks“partei eine einzige große Enttäuschung für ihre Wähler gewesen ist. Sein Hauptorgan richtete sich gegen Eppold, Demeter und die vielen anderen, die Engländer die Gefolgschaft verlor haben. Wie sagt doch der Verfasser? „Die Abgeordneten und Vertreter des ganzen Volkes, nicht einer Partei!“ Ein Unentwegter beachtete diese Exzellenzen mit einem durchdringenden Psalms. Nur einer! So beschimpft man heute die, die man noch gestern in den Himmel hoch, das sollte zu denken geben. Noch eins: Die Deutschnationale Volkspartei ist nach den Worten des Redners „christlich“, „national“ und „sozial“. Wer lacht da nicht? Der Beifall war dünn, sehr dünn sogar.

Den Höhepunkt bildete ein Schlächtenfeuerwerk, das von den Stahlhelmläutern musikalisch unterrichtet wurde. Am Schluß des Feiernes erlöschte eine Lichtkranz. „Vollkommen“ erlöschte ein Lichtkranz. — Der Gesamteindruck war sehr bedrückend. Von Eppold über die Wahlkampf und Begeisterung für den illuminierten Führer war während der ganzen Veranstaltung nichts zu merken. Auch der Versuch, Anmerkungen zu einer Mitarbeiter im Wahlkampf zu machen, hatte nicht den geringsten Erfolg.

Kampfgeneral und Kohlenbaron.

Die Spitzenkandidaten der altneuesten „Volks“partei.

Als Spitzenkandidaten für den Wahlkampf Halle-Werberg sind vom Landesverband der Konfessionellen Volkspartei aufgestellt worden: 1. Bergarbeiter Eppold, 2. General a. D. von Lettow-Norbeck.

Ein nettes Brüderpaar!

Kampf gegen § 218!

Der beste Weg, den Abtreibungs-Paragrafen zu bekämpfen, ist Empfangnisverhütung!

Halle, den 4. August.

Im „Volkspar“ sagte vom Freitag bis Sonntag der Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene. Der öffentlichen Rundfunk vom Freitag, über die wir bereits berichteten, folgten am Sonnabend die internen Angelegenheiten des Verbandes, des Geschäfts- und Kassenberichts, die Berichte der Gauen und angrenzenden Verbände.

Reichsamtletzete referierte über „Unser Kampf um's Recht“. Platzangebot verbot, daß das Thema, das ja des öfteren in unseren Spalten erörtert wurde, einzugehen. Am Sonnabendnachmittag stellten die angeschlossenen Verbände in einer Referent. In ihrer Ausführungs bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft, die das große Problem von allen Seiten aus behandelte. Ein ausgescheidener Vortrag, mit der Demonstration von Schilddrüsen, Herbe- und Lebermaterial verbunden, schloß die Nachmittagsstunde; Dr. Rudolf Glan (Hamburg) referierte über „Organisations- und Hygienische zur Geburtenregelungsfrage“. Der Abend wurde durch ein geistliches Beisammeln ausgedehnt, das auch einige Vorträge bot.

Am Sonntag referierte Franz Gamppe über

den organisatorischen Aufbau. Gerhard Faber (München) referierte mit kritischen Bemerkungen über die Säugmittelfrage sowie Neuwirth des Vorstandes. Ein Vortrag von Dr. Felix Theilhaber über „Die sexuelle Rüge der Zeit“ beschloß die Tagung.

Zusammenfassend sei gesagt, was auch immer über das allen Vorträgen herauskam, als bester Weg zur Überwindung dieser Lebensfrage der Arbeiterfrage bleibt, gilt dir selbst, du hilf dir Gott! Die Arbeiterchaft selber muß mit allen ihren Kräften sich frei machen von Sexualfahnen und Geburten, von der Verfallung der Frau. Viel wichtiger ist der Weg, dem Wortparagrafen 218 nicht neue Frauen zu opfern, als ihn direkt zu bekämpfen. Einmal wird er fallen, der Schandparagraf, der aller Menschlichkeit schon spricht. Sollen bis dahin Tausende und aber Tausende Frauen seine Opfer werden? Sollen die Arbeiterchaft selber Hand anlegen? Sollen sie hier, verurteilt, daß die Frauen gar nicht erst in die furchtbare Lage kommen, zum Arzt und dann, da sie sie abweist, zum Arzt zu laufen. Schützt selber eure Frauen vor dem Wortparagrafen!

Lehrerverein und Schuldeputation

Deutschnationale Verleumdung prüfungswesen.

Das „Volksblatt“ hatte in seiner Nummer 146 vom 26. Juni mitgeteilt, daß sich bei der Wahl der Vertreter der Lehrerschaft für die Schuldeputation der hällischen Lehrerverein für zwei Sozialdemokraten, den Rektor Redsiob und den Hilfslehrer Dr. Prauschig entschieden habe. Auf diese Meldung hin stimmte die reaktionäre „Saalezeitung“ einen sehr vernünftigen Klagefall an. Sie sieht die politische Neutralität des Lehrervereins gebrochen und den Verein selbst schon ganz im marxistischen „Fahnenwässer“ gefüllt. Zum Schluß nannte die „Saalezeitung“ die Namen zweier Lehrer, die je gern als Mitglieder der Lehrerschaft gesehen hätte, die Lehrer K. S. u. S. und D. n. a. b. d. b. e. s. Männer, die als Mitglieder des Stahlhelms in der politischen Praxis schon eine wenig rühmliche Rolle gespielt

haben. Mit der Wahl dieser Leute hätte die „Saalezeitung“ allzu gern die „politische Neutralität“ des Lehrervereins gemahrt gesehen.

In diesem verurteilenden Artikel der „Saalezeitung“ hat der Vorstand des hällischen Lehrervereins wie folgt Stellung genommen:

Der hällische Lehrerverein hat in seiner letzten Monatsjahung Herrn Rektor Redsiob und Herrn Hilfslehrer Dr. Prauschig als seine Vertreter in die Schuldeputation vorgeschlagen. Das ist nicht nach parteipolitischen, sondern nach rein sachlichen Gesichtspunkten erfolgt, was als Grundbedingung allen unserer Wahlen zu gelten hat. Beide Herren sollen als Schlichter der Interessen von Schule und Lehrerschaft vertreten. Der hällische Lehrerverein legt besonderen Wert darauf, wie bisher, so auch in Zukunft seine parteipolitische Neutralität zu betonen.

Der Vorstand des hällischen Lehrervereins. Schmölling, Rektor, 1. Vorsitzender.

SPD., Ortsverein Halle.

Ortsbezirksversammlungen

In folgenden Ortsbezirken finden in dieser Woche Ortsbezirksversammlungen statt:
Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr:
10. Ortsbezirk: Total Grottes Bierke, Jakobstraße.
11. Ortsbezirk im Restaurant Leuchte, Wörmlicher Straße.
Freitag, den 8. August, abends 8 Uhr:
7. Ortsbezirk im Restaurant Salzquelle, Grotteweg.
Genossinnen und Genossen, in den Ortsbezirksversammlungen sind außerordentlich wichtige Arbeiten zu erledigen. Es ist deshalb notwendig, daß alle pünktlich in diesen Versammlungen erscheinen.

Gewerkschaftsfunktionäre!

Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft!
Dienstag, den 5. August, spricht abends 8 Uhr im Kartellzimmer des Reichspartei der Direktor der Eisenbahnen Wirtschaftliche Berlin, Dr. Ernst Rüttig, über:
„Die Bekämpfung der Kapitalismen.“
Es wird erwartet, daß alle Funktionäre an dieser interessanten Veranstaltung teilnehmen.
ADGB, Ortsausflug Halle.

Morgen Reichsbanner-Verammlung!

Wie bereits im Anzeigenteil bekanntgegeben, beruft der Ortsverein Halle des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ für morgen Dienstag, 20 Uhr, eine Mitgliederversammlung nach dem „Volkspar“ ein. Vorsitzpräsident Richard Reiger (Bismarckstraße) wird über die Reichsbanner und die Republik sprechen. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Republikanischer Frauenbund.

Morgen, Dienstag, den 5. August, beteiligen wir uns geschlossen an der Mitgliederversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Volkspar.

Inser neuer Roman.

„Eine Frau allein.“

Wir beginnen in unserer heutigen Nummer mit dem Abdruck des Romans „Eine Frau allein“ von Agnes Smedley. In ergreifender Weise schildert die Schriftstellerin das Schicksal einer alleinlebenden amerikanischen Frau. Aus den rauen unerbittlichen Gegenden Amerikas kommend, verurteilt diese Frau in den großen Städten Amerikas, an verdorbenen Universitäten zu studieren. Aber durch ihre revolutionären Ideen wird es ihr von Mitbürgern wie von Lehrern schwergemacht, ihr Ziel zu erreichen. Trotz Tage- und nachgelagerter Arbeit gelingt es ihr nicht, Anerkennung zu finden. Durch ihre Verbindung mit revolutionären indischen Elementen zieht sie sich sogar eine längere Gefängnisstrafe zu. Ein eindringliches, ergreifendes Wortes wird uns in diesem Buch der Kampf des unterdrückten amerikanischen Volkes in den Hauptstädten sowohl wie in den rauhen Gegenden des Nordens vor Augen geführt, und wie schwer es ist, in diesem Kampf um das Dasein sich über den Abgrund zu halten.

Seute finden wir Agnes Smedley, deren Kampf noch immer nicht gebrochen ist, als treue Kampfgängerin Gandhi bei den indischen Freiheitskämpfen.

Ein Roman, der sowohl wegen der ergreifenden Schilderung eines Frauenlebens als unserer Referenzen als auch wegen seiner scharfen Zeichnung politischer und sozialer Verhältnisse bei unseren Lesern die größte Wirkung hervorrufen wird.

Kind stürzt aus der vierten Etage.

und wird nur leicht verletzt.
Am Freitagmorgen stürzte ein jähriges Mädchen auf dem Wallensteinpark aus einem in der vierten Etage liegenden Fenster auf den Hof hinab. Das Kind erlitt, wie durch ein Wunder, nur leichte Verletzungen und befindet sich im Hilfsstellensamt, wohin es geschafft worden war, bereits wieder wachsam.

Bewußtlos im Abort.

In der Bedürfnisanstalt am Nischenplatz wurde am Sonntagmorgen ein jähriges Mädchen bewußtlos aufgefunden. Da das Mädchen sich nicht erholt, wurde es in seine Wohnung gebracht.

Keine Mittel mehr für Ostban.

Die Anträge auf Gewährung von Beihilfen zum Aufhänger von Ostban wurden aus dem Herrn Landratsamtsamtmeister aus dem Programm für landw. Betriebsmittel und Wagnisförderung zur Verfügung gestellten Mitteln sind so zahlreich eingegangen, daß die Beihilfenmittel erschöpft sind. Weitere Anträge können daher nicht mehr berücksichtigt werden.

Streifenpernung. Die Straße Vogelweide bleibt auf 60 Tage für den Verkehr gesperrt.

Lehren des Abwehrkampfes in Mansfeld

Die Rolle der KPD.

Als Motto über dieses Kapitel würde eigentlich geschrieben werden: „Dumm — lächerlich — unerwartet.“ In diesen drei Worten ist am besten die Rolle der Kommunistischen Partei während des Mansfelder Streiks ausgedrückt. Die Rolle der Arbeiterpartei in Deutschland von der KPD dieses Kampfes. Die KPD-Setzung glaubte durch diesen Streik ihren in Mansfeld fast kantonisierten Partisanen wieder flott zu machen. Sie sie dabei einigermassen erlitt, davon soll im nachfolgenden etwas berichtet werden.

Echon noch bevor der Streik wurde von der Bezirksleitung der „revolutionären“ Gewerkschaftsopposition Agitatoren in das Mansfelder Gebiet geschickt, um die Delegierten zu mobilisieren und Kampfeinstellungen zu fördern. Nachdem man lange genug getrommelt hatte, bereit die Opposition zwei Delegiertenkonferenzen ein, die nach dem Urteil des „Majennkampfs“ eine glatte Blüte waren. Die Arbeiter hatten es dazugehört, zu diesen Konferenzen nicht zu erscheinen. Trotzdem beschloß die Konferenz der Revolutionäre, nachfolgendes Kampfsprogramm, das trotz im Klug zurückgezogen.

1. Sofortige Aufnahme des Streiks gegen alle Lohnkürzungen.
2. Erhöhung des gegenwärtigen Schichtlohnes um 2 RM.
3. Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unter Lage und 7 Stunden über Lage.
4. Einstellung der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen in den Produktionsprozess.

Zur Durchführung dieses Kampfsprogramms drangen die Aktionsleiter Schlag, Polner und andere bei Nacht und Nebel in die Betriebe ein, um die Kampfs zum sofortigen Streik zu bewegen. Ohne daß der Tarifvertrag abgelesen war, bezu die die alten Löhne garantiert, verließen diese Leute die Arbeiter zu verlassen, durch die sofortige Arbeitsunterbrechung sich selbst den größten Schaden zufügen. Der KPD-Setzung kam es ja bei ihrer Aktion nur darauf an, in der Offensivität liegen zu können. Selbst unter unvollständiger Führung ist der Streik begonnen.

Was sahen die Arbeiter? Der größte Teil der Arbeiter hörte sich die Tiraden des „Revolutionäre“ gar nicht an, sondern ging ruhig zur Arbeit. Und auch denen, die vorüber, fiel es gar nicht ein, auch nur einer der größten Folge zu leisten. Keinem mußte deshalb in feiner Selbstbetrachtung zum Streik der „Majennkampfs“ schiffen, daß es der KPD nicht gelungen war, die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsunterbrechung zu bewegen. Das ist das erste Eingeständnis ihrer Ohnmacht. Die oben zitierten Forderungen erwarteten bei den Arbeitern die Hoffnungen und ein mittelbares Gefühl. Kein Mensch nahm diese Leute mit ihren Forderungen ernst. Am Vortage eines Arbeitertages, der zur Verteidigung der Tariflöhne geführt werden sollte, benutzte Forderungen aufzuspüren, begriff kein Arbeiter.

Ein ganz anderes Echo erklang bei der KPD bei der Gewerkschaften und den Arbeitern, die sie aufzubereitete, nicht zu den Bedingungen der Mansfelder KPD, was es zu beiden Seiten. Dieser Versuch folgte die sofortige Zeit. Dem Rad drehte sich mehr in den Betrieben. Die Arbeiter hatten entschieden unter welcher Führung sie kämpfen wollten. Das hinderte die KPD, natürlich nicht, in alle Welt zu toben: „In Mansfeld führt die revolutionäre Opposition den Kampf.“ Wie diese Führung ausließ und welche Ergebnisse sie hatte, beweisen die nachfolgenden Wochen.

Einen Tag um den anderen wurden Demonstrationen angelegt und Kundgebungen veranstaltet. Am anderen Tag herrschte die kommunistische Presse von dem Kaufmann der Kaufleute und über Laufende von Arbeitern. Je weiter die kommunistischen Revolutionen von Mansfeld entfernt waren, um so größer wurden die laufende Teilnehmer der Demonstrationen. So berichtete z. B. die „Rote Fahne“ in Berlin von einer Demonstration an der 5000 Teilnehmer beteiligt waren, während der „Majennkampf“ in Halle nur 2000 Personen anwesend hatte. Zahlreiche ist, daß die gesamte Demonstration nach 90 Teilnehmern abgab. Die KPD verfuhr offensichtlich durch betrügerische Schwindelmeldungen in der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild über den Kampf in Mansfeld zu erwecken. Ihre Demonstrationen waren meistens aus Erwerbslosen, Frauen und auswärtigen Teilnehmern bestanden, die in fast prozontarischer Weise auftraten.

Die völligsten Liebergriffe und Zusammenhänge sind zum größten Teil auf das Schuldkonto der KPD zu setzen. Das bewiesen die Beschreibungen, die von der Polizei vorgenommen wurden. Meistens handelte es sich um ortsfremde Leute aus Halle, Ammerndorf, Weißenfels und Berlin, die den größten Spießhaufen machten und die unmissigen Parolen herausgaben. Der „Majennkampf“ in Halle ließ sich sogar selbst, der Polizei und dem Staatsanwalt das Beweismaterial zu ihrem Vorhaben gegen die Arbeiter zu liefern. In diesen Schmeißerchen berichtete er, daß immer viel Streikbrecher „franzosenmäßig gefangen“ und gefesselt verurteilt seien. Das ist nicht nur und unverständlich, sondern ein Arbeiterberrä — begangen von der KPD. Dieses dem „Majennkampf“ geleistete Material ist bei den Prozessen, die auf Grund der Zusammenhänge mit der Polizei schrieben, immer wieder gegen die Streikenden verwendet worden. Jeder Verantwortung, verfuhr die unterwerflichen Leiter der KPD, die freitenden Arbeiter auf dem Kampfplatz zu treiben. Das es nicht so weit gekommen ist, verdanken letztere der Besonnenheit und Entschlossenheit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.

Als Arbeiter in den Betrieben und in der Mansfelder KPD, die freitenden Arbeiter auf dem Kampfplatz zu treiben. Das es nicht so weit gekommen ist, verdanken letztere der Besonnenheit und Entschlossenheit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.

Als Arbeiter in den Betrieben und in der Mansfelder KPD, die freitenden Arbeiter auf dem Kampfplatz zu treiben. Das es nicht so weit gekommen ist, verdanken letztere der Besonnenheit und Entschlossenheit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.

Krieg den Kriegen

so antwortet die sozialistische Arbeiter-Jugend allen Kriegshetzern am 9. und 10. August bei ihrem Bestreben in Eisenach

dem Herrn Schlag nicht. Deshalb bemühte er sich unter Verurteilung aller Kriegshetzern einen Anlauf unter allen Umständen eine Ansprache mit der Direktion zu erlangen. Er verlegte sich also gleich als Mitglied der Zentralleitung und redete davon, daß es als Landtagsabgeordneter mit der Direktion sprechen wollte. Aber auch dieser Versuch wurde vereitelt. Wie die beglückten Pöbeln mußten die „Revolutionäre“ wieder objektiv. Am nächsten Tag wurde wieder demonstriert mit einigten 100 Personen, um so den per Post eingetragenen Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen. Seiner hat der „Majennkampf“ in feiner Selbstbetrachtung zum Streik verweigert, müßte man denn man eigentlich diese Forderungen verhandelt wird. Wir möchten doch nicht annehmen, daß es mit so großem Lärm und soviel Geschrei einmal propagierten Forderungen würde in Berlin geäußert werden.

Nachdem auch diese Episode mit einer Niederlage für die KPD, beendet hatte, versief man auf einen neuen Krieg. In Flugblättern und Handzetteln teilte die revolutionäre Opposition mit, daß Berliner Schappolizei in Eisenach eingetroffen sei. Natürlich war auch das glatte Schwindel. Richtig ist allerdings, daß auf Grund der schlüssigen Kritik der KPD, und ihrer fortwährenden Kränkeln, die sie inagierten, die Parteiführungsorgane verfuhr, wurden. Die Unvollständigkeit der „Revolutionäre“ und die fortwährenden Schwindelmeldungen bewiesen in der Presse veranlassen die Gewerkschaften zu einer Gewerkschaftsdemonstration nach Eisenach aufzutreten, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie die Führung in diesem Kampfe hat, oder auch

der Mansfeld KPD zu betreiben, wie die Arbeiter über ihr Diktat dem. Trotzdem nur 24 Stunden Zeit zur Organisation der Demonstration vorhanden waren, marschierten Hunderte von Arbeitern auf dem Kampfplatz in Eisenach auf, wo der Vorsitzende des Verbandes der Bergbauarbeiter, Fußmann, über den Kampf in ganz Eisenach sprach. Diese Demonstration ließ die „Revolutionäre“ der KPD erkennen. Die Rundgebung die Sprache vollkommen verloren hatten, mußten sich nicht anders zu helfen, als beim Anmarsch der Demonstranten die Wäpfelecken zu überfallen und einige Instrumente zu zertrümmern. Damit besaßen sie erneut, daß ihr Kampf nicht in der Mansfelder KPD, sondern einzig und allein den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern galt. Wenn man auch einen Tag später im „Majennkampf“ die Demonstration der Gewerkschaften so klein wie möglich machte und nur mit 1000 Teilnehmern besetzte, so mußte man doch der schon zitierten Selbstbetrachtung geben, daß es eine äußerst mangelhafte Rundgebung war.

Als der Kampf sich seinem Ende näherte, verfuhr die KPDlisten mit verstärkter Kraft den angeblichen „Berat“ der Gewerkschaften zu vereiteln. In tagelangen Besprechungen rief man die Streikenden auf, nicht den Parolen der Gewerkschaften zu folgen, sondern weiter zu streiken bis zum vollständigen Sieg. Daran besteht die Aufgabe der Arbeiter nicht im entferntesten. Sie waren viel zu

ung, um nicht einzusehen, daß eine Weiterführung des Kampfes nichts anderes als ein völliger Zusammenbruch bedeutet hätte. Selbst ein Teil der Revolutionäre von dieser Tatsache überzeugt, als von den Gewerkschaften zur Arbeitsaufnahme aufgezwungen wurde, waren es Anhänger der Opposition, die in ihren Besprechungen sich mit für Weiterstreiken gestimmt hatten, die sich im Büro des Verbandes der Bergbauarbeiter Deutschlands Arbeitsaufnahme bewies ganz klar, daß die Führung dieses Kampfes bis zum Ende in den Händen der Gewerkschaften lag. Das hinderte allerdings unter KPD-Strafen nicht, in einem von Sägen trübenden Kaufauf an die Arbeiterpartei zu schloppen, daß die Arbeitsaufnahme auf Veranlassung ihrer Kampfeinstellung, am Sonnabend, dem 26. Juli, erfolgt sei. Die „Revolutionäre“, die am Sonnabend erst zur Arbeit gingen, konnte man am Abend finden.

Der Anmarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist der Gipfel der Eigenhaftigkeit und Besinntheit die ganze Verantwortungsfähigkeit, die diese Leute während des ganzen Streikes bis zum Ende an sich gelegt haben. Die Arbeiterpartei in Mansfeld hat klar erkannt, daß unter der Führung solcher Menschen in Wirtschaftskampfe gefahrt werden können. Es ist ihr darüber im Klaren, daß die Rolle, die die KPD, während dieses Wirtschaftskampfes gespielt hat, nicht im Interesse der Arbeiterschaft lag, sondern bei der Befestigung ihrer Kräfte zu ihrem Verderben geführt hätte

Ein Exempel tut not

für Schachmacher keine Aufträge

Reichsarbeitsminister Siegelwaid hat am Montag des Berliner Metallkonfliktes folgende Erklärung erlassen: Vorkommnisse der letzten Tage haben den Reichsarbeitsminister veranlaßt, die Beschäftigungsbüro mit dem Reichsarbeitsminister zu beauftragen, die öffentliche Aufträge an solche Firmen zu vergeben, die in den Beziehungen zu ihren Arbeitnehmern ein offenes und unangenehmes Verhalten an den Tag legen, oder durch ungesetzliche Überwinden oder Arbeitsentlassungen, die nicht in der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebes begründet sind, den Arbeitsbeschäftigungsprogramm verstoßen.

Diese an die Adresse der Berliner Metallkonflikte gerichtete Drohung hat den Reichsarbeitsminister in Berlin in die Hände der Arbeiterinnen gefallen, war nichts anderes als eine Selbstverleumdung. Trotzdem ist der Reichsverband hartnäckig und will sich heute beim Reichsarbeitsminister gegen die Anordnung Siegelwaid's widersetzen. Die Metallindustriellen glauben an sich, daß die Regierung Bestrafung sich an dem Beispiel bemutigen. Jedenfalls rechnen sie damit, auf dem Umweg über das Kabinett den Reichsarbeitsminister dazu einzuführen zu können, daß es bei derartigen Drohungen bleibt, während sie zwischen dem Reich und den Gewerkschaften und den

meist Arbeiter und Angehörige brotlos zu machen. Die nachgebunden Seiten sind gut, die man die Schließung der Betriebe, die die Metallindustriellen etwas genauer anzusehen. Sie würden dann begreifen, warum in Arbeiter- und Gewerkschaften eine so unangelegte Kritik, gegenüber der Gewerkschaften herrscht.

Die Gewerkschaften, die in der Berliner Metallindustrie den Kampf gegen die Gewerkschaften führen. Sie brauchen dringend eine falsche Däse, damit sie wieder zu Fuß kommen und begreifen, daß außer ihnen noch einige andere Menschen leben wollen. Die Gewerkschaften der modernen Metallindustrie, auf die die Gewerkschaften und ihre Glieder sind, sind zu sehr, wenn sie nur möglich sind durch immer ängere Verengung der Arbeitslosigkeit, durch immer neue Entlassungen und Konzentrationen und die damit verbundenen Entlassungen der Arbeiter, die die Opfer des diesbezüglichen technischen Fortschritts mit durchföhren muß.

Berlin und Nordwest.

Das Arbeitsgericht in Düsseldorf hat die wegen Verletzung der Friedenspflicht durch die Arbeitgeber der Metallindustrie Nordwest, das heißt wegen des Abbruchs der öffentlichen Arbeitsbeschäftigung auf Grund des Ochnhauser Schießens angelegte Klage abgeurteilt. Das Gericht lag in der Begründung seines Urteils, daß die Friedenspflicht durch den konstitutell bedingten Gehaltsabbau nicht verletzt sei.

Während der Klage des DGB gegen Arbeit Nordwest und dem Berliner Metallarbeiteramt ist in der Presse eine Parallele gezogen worden. Man rednet deshalb mit Auswärtigen des Ausganges der Düsseldorf Klage auf den Berliner Konflikt. Die Situation Nordwest ist jedoch nicht die gleiche wie die im Angestelltenkonflikt der Berliner Metallindustrie. In Berlin werden sich die Verbände der Angestellten in den nächsten Tagen über die Einrichtung einer Feststellungsstelle wegen der Arbeitszeit und Gehaltsföhrung schäftigen werden.

Kommunistische „Erfolge“.

In Basel sind nach der kommunalistischen und sozialistischen Politik die Kommunisten die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiterpartei auf argente eingeschränkt worden. Die Regierung hatte gegen die fünf Wochen streikenden Folgebartei und Schipper ein Streikverbot und ähnliche Maßnahmen erlassen. Die Sozialdemokraten verlangen daraufhin im Basler Kantonsparlament die Aufhebung dieser Bestimmungen. Die bürgerlichen Parteien stellen sich jedoch auf die Seite der Regierung, so daß die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt wurden.

Generalkonferenz französischer Metallarbeiter

Die französische Metallarbeiter-Gewerkschaften haben am Sonntagabend einstimmig, wie zu erwarten war, den Generalstreik proklamiert. Die Regierung hat die Polizeitruppen in Lille, Roubaix, Lezardrieux und Valenciennes am Sonntagabend Marsch veranlaßt.

Als Vorwand dazu dienen mehrere Ausfälle, die von kommunistischen Arbeitern in den letzten Wochen waren. In Denain verfuhr eine Gruppe Kommunisten in eine Fabrik einzudringen. Die Arbeiter von Valenciennes wurden mehrere, von kommunistischen Schreibern befugte Hausmacht angefallen. Neun ausländische Arbeiter, die sich bei dieser Demonstration erwidern ließen, wurden festgenommen.

Die Bedeutung des 14. September.

Auf dem zur Zeit in Brüssel stattfindenden Kongreß der belgischen freien Gewerkschaften führte Vandervebe in seiner Begründungsansprache aus: „Es gibt kein Land in Europa und in der ganzen Welt, wo die Sozialisten und die Arbeiterklasse gegenwärtig nicht ihre Augen auf Deutschland richten, wo der Kampf entzündet ist zwischen den Kräften der Reaktion, die sich einander jähren und den 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, dazu die Millionen organisierter Soldaten, der harten Gruppe der Internationalen. Der 14. September ist nicht allein für die belgische Sozialdemokratie ein geschichtlicher Zeitpunkt, er ist der große Tag, von dem wir den Sieg der Demokratie, des Sozialismus und des Friedens erwarten.“

Der Rundfunk sendet:

- Leipzig**
- 12 Uhr: Konzert Schumann (Lied „Schilfblüten“), 19 Uhr: Musik und Vorträge. 21 Uhr: Unterhaltungskonzert (Schilfblüten).
 - 15 Uhr: Vorträge des Berliner Arbeiter- und Soldatenbundes.
 - 18 Uhr: Prof. Dr. Adolf Zander: Der Eisenhandel im August.
 - 19 Uhr: Prof. Dr. Alfred Schmitt: Eine wirtschaftliche Betrachtung der Industrie und der Eisenindustrie.
 - 20 Uhr: Unterhaltungskonzert.
 - 21 Uhr: Prof. Dr. Zander: Eisenhandel im August.
 - 22 Uhr: Prof. Dr. Zander: Eisenhandel im August.
 - 23 Uhr: Prof. Dr. Zander: Eisenhandel im August.

Königsvusterhausen

- 8.30 Uhr: Konzert.
- 9.30 Uhr: Konzert.
- 10.30 Uhr: Konzert.
- 11.30 Uhr: Konzert.
- 12.30 Uhr: Konzert.
- 13.30 Uhr: Konzert.
- 14.30 Uhr: Konzert.
- 15.30 Uhr: Konzert.
- 16.30 Uhr: Konzert.
- 17.30 Uhr: Konzert.
- 18.30 Uhr: Konzert.
- 19.30 Uhr: Konzert.
- 20.30 Uhr: Konzert.
- 21.30 Uhr: Konzert.
- 22.30 Uhr: Konzert.
- 23.30 Uhr: Konzert.

